

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 43 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telephon: Amf Moritzplatz, 2120

Berlin, den 24. Oktober 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Lohn anstatt Fürsorge.
— Die idealen Gegner der freien Gewerkschaften. III. —
Die Lohnbewegungen. Streiks und Auspöhrungen im
Jahre 1912. II. — Der Staat als Auftragsgeber in der
Flugzeug-Industrie. — Aus unserem Beruf. — Morde-
spendenzen. — Kurdschau. — Gesamtamtsung des Zentral-
vorstandes. — Adressenänderungen. — Versammlungs-
kalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Okt. bis 1. Nov.
ist der 44. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Hohn anstatt Fürsorge!

Wie an anderer Stelle dieser Nummer zu
lesen ist, war die Arbeitslosigkeit der Mitglieder
unseres Verbandes im Laufe des dritten Quar-
tals 1913 trotz des günstigen Geschäftsganges in
der Militäreffektlenbranche eine weit größere
als wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
Damit wird leider unsere Voraussage bei Be-
ginn dieses Jahres aufs drastischste bestätigt.

Die Arbeitslosigkeit im allgemeinen wie
auch in den in unserem Verbands vereinigten
Branchen nimmt einen geradezu erschreckenden
Charakter an, und wie die Ausichten nun ein-
mal sind, ist vorläufig an einen Umschwung zum
Besseren nicht zu denken. Aus allen Gegenden
und allen Gewerben Deutschlands werden fort-
gesetzt Arbeitseinkränkungen, Einlegung von
Feiertagschichten und Arbeiterentlassungen gemeldet.
Dazu kommt die im Steigen begriffene Teue-
rung der notwendigen Lebensmittel.

Der Vater Staat, dessen Pflicht es wäre,
sich seiner notleidenden Kinder anzunehmen,
läßt sich nur von agrarischen Interessen beein-
flussen. Das im Lande so notwendige Getreide
wird, durch das Einfuhrschicksystem begünstigt,
nach dem Auslande verschickt. Die Einfuhr
billigen Fleisches aus Rußland und Holland ist
teilweise gänzlich verboten oder nur unter so er-
schwerenden Umständen gestattet, daß eine Ver-
billigung dieses wichtigen Nahrungsmittels
kaum eintritt. Die im Osten Deutschlands
thronenden und in Preußen regierenden Junker
allein haben den Vorteil des Zollwuchers und
den Nutzen der verhältnismäßig guten Ernte in
diesem Jahre. Dem arbeitenden Volke verbleibt
Not, Hunger und Elend, worum sich das Reich
gar nicht und die Kommunen nur dann küm-
mern, wenn die Arbeiter beizetten für eine
arbeiterfreundliche Vertretung in den Gemeinde-
parlamenten gesorgt haben. Wo das nicht ge-
schehen oder vermöge des famosen Massenwahl-
rechts nicht möglich gewesen ist, muß die
hungernde Arbeiterschaft sich obendrein von den
Sattlergefeßenen verböhnen lassen.

Die von einzelnen Kommunalverwaltungen
angestrebte Arbeitslosenversicherung
wird von den Grundbesitzern und Industriearb-
n auf bestmögliche bekämpft. In der Stadtverord-

nenentscheidung in Leipzig vom 15. Oktober bean-
tragte Justizrat Schmidt, Ausländer, die in Ver-
trieben beschäftigt sind, in denen Mangel an Ar-
beit herrscht, auszuweisen. Dabei müßte doch
auch ein Justizrat wissen, daß die Unternehmer
ausländische Arbeiter als Lohndrücker nach
Deutschland holen. Daß auch die Handelskam-
mern und Mittelstandsvereinigungen die Ver-
wirklichung der öffentlichen Arbeitslosenver-
sicherung zu hintertreiben versuchen, versteht sich
am Rande. Wie nicht anders zu erwarten,
spielt das Scharfmacherorgan, die „Deutsche
Arbeitgeber-Zeitung“, auch hierbei die führende
Rolle. Sie verächtlich es nicht und kein
Gefühl der Scham hindert sie daran, die zu
erstrebbende Arbeitslosenversicherung, als „Fau-
lenzversicherung“, „Faulenzersicherung“, „Prämie
auf Faulheit“ zu benennen. Ihrer Ansicht nach
wäre es **Wahnwitz**, eine solche Versicherung ein-
zuführen. Im Sommer vergangenen Jahres
erlaubte sich diese edle Herde deutscher Pres-
sezeitungsführer, folgende Frechheit zu schreiben:
„Die Not der Arbeitslosen besteht nur in der er-
höhten Phantasia einer unverantwortlichen Agi-
tation. Eine kommunale wie reichsweite
Versicherung gegen Arbeitslosigkeit kann durch
feinerlei Notwendigkeit begründet werden. Wir
halten sie für überflüssig und schädlich.“ Wir
glauben gern, daß Leute vom Schlage des
Scharfmacherblattes die Not der Arbeitslosen
leugnen. So lange sie ihre Verleumdungen in
Gold ummünzen, das ihnen gestattet, pro Tag
mehr für Alkohol und Tabak auszugeben, als
wie ein Arbeitsloser pro Woche an Bezügen aus
der Arbeitslosenversicherungskasse erhalten
könnte. Da von den Kapitalisten ausgehaltenen
Soldatschreiber sollten nur auf einige Wochen ver-
urteilt werden, die Lebensweise der nach vielen
hunderttausenden zahlende Schar Arbeitsloser
zu führen. Sie sollten einmal auskosten, wie
es tut, die arbeitsgewohnten und arbeitsfreu-
digen Hände gezwungenermaßen untätig ver-
dorren zu lassen, diemsel die Kinder ihre abge-
härmte Mutter um ein Stückchen Brot anflehen.
Haben die Herrn von der „Deutschen Arbeit-
geber-Zeitung“ und ähnliche Stridenten schon
einmal in das Heim eines Arbeitslosen hinein-
geblüht, der vor Not all sein sauer erworbenes
Hab und Gut zum Pfandhaus oder Trödler hat
tragen müssen? Hat so ein guter Patriot schon
seine eigenen Kinder bei Wind und Wetter nach
Erwerb ausscheiden müssen, diemsel er selbst wie
ein Hund von den Fabrikatoren weggejagt
worden ist, weil keine Beschäftigung vorhanden?
Nein, diese Herren haben die gefüllte Kom-
pottschüssel schon mit in ihre Wiege gelegt be-
kommen, sie leben in einer anderen Welt, die den
Arbeitern und vor allem den Arbeitslosen fest
verschlossen ist. Die Kluft zwischen arm und
reich wird zulebends größer, auf der einen Seite
Ueberfluß, auf der anderen Mangel am Not-
wendigsten. Diese Tatsache ist der sogenannten
besseren Gesellschaft nicht unbekannt. Sie ver-
leugnen sie oder wollen sie nicht sehen, um in

ihrem latten Gefühl nicht gestört zu werden.
Anders schon steht es mit den Dienern der christ-
lichen Kirche, mit den Arbeitern im Weinberge
des Herrn. Sie geben doch vor, mit ihren Ge-
meindemitgliedern in engerer Fühlung zu stehen,
Not und Elend aus eigener Anschauung zu
kennen und nach Möglichkeit lindern zu wollen.
Es dürfte daher interessieren, was ein Pfarrer,
Hefenroth ist sein Name, in einer konservativen
Versammlung in Altenkirchen sprach: „Die
Arbeitslosenversicherung ist nichts anderes als
eine Prämie auf die Faulheit, sie ist undurch-
führbar. Durch solche utopistische Forderungen
wird nur die Unzufriedenheit geweckt. Die erste
Grundfrage bei jedem weiteren Ausbau der
sozialen Gesetzgebung muß immer die sein, ob
auch die Unternehmer neue Lasten noch tragen
können.“

Es geht zu weit, noch mehr Äußerungen
um die Unternehmer besorgter frommer Herren
hier anzuführen oder agrarische Schamlosigkeit
weiter zu hängen. Aber an einem
wollen wir doch nicht achtlos vorübergehen.
Während Kommunalverwaltungen die Ein-
führung von Arbeitslosenversicherung und Not-
standsarbeiten mit der Vorkaube, es seien keine
Mittel vorhanden, ablehnen, bewilligen sie Un-
summen für Fürstensonnpfänge und Jahrbundert-
rummel. Zur Erregung patriotischer Stimmung
für den 18. Oktober wurden von großen und
kleinen Gemeinden die Steuergroßchen der
Armen vergeudet, diemsel die Arbeitslosen an
den Kathanküren um Erfüllung ihrer berech-
tigten Forderungen pochten. Doch all solche Vor-
gänge werden sich immer wiederholen, so lange
die Arbeiterschaft es sich gefallen läßt.

Das Verhalten des bürgerlichen Klüngels
zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosen-
fürsorge ist geeignet, die Arbeiterschaft erneut
auf ihre Pflichten auf politischem und wirtschaft-
lichem Gebiet aufmerksam zu machen. Die freien
Gewerkschaften haben zur Genüge bewiesen, wie
dem durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen
Elend zu steuern ist. Kahezu 70 Millionen Mark
wurden im Laufe der letzten zwanzig Jahre für
diesen Zweck von ihnen aufgewendet, noch mehr
könnte und würde geschehen, wenn alle Arbeiter
beizetten sich den freien Gewerkschaften an-
schließen würden. Sie, in Gemeinschaft mit
sozialdemokratischen Vertretern in den Ge-
meindeverwaltungen, werden alle Hindernisse be-
seitigen, alle zu Gebote stehenden Mittel daran-
setzen und nicht eher ruhen und rasten, bis die
Arbeitslosenversicherung ebenso wie die Kranken-
versicherung sich durchgesetzt hat. Da die baldige
Erfüllung dieses Problems im Interesse aller
Arbeiter und Arbeiterinnen liegt, ist es ihre
Pflicht und Schuldigkeit, in diesem Kampfe mit-
zuarbeiten. Hoffentlich werden unsere Kollegen
dabei an der Spitze stehen, unablässig für den
Verband der Sattler und Portefeuille neue
Mitglieder werden und bei allen noch indiffe-
renten Berufsgenossen und -genossinnen auf-
klärend wirken.

Die idealen Gegner der freien Gewerkschaften.

III.

Wie es mit dem Idealismus unserer Gegner bestellt ist, haben wir in dem Vorangegangenen genügend herausgestellt. Am besten Falle handelt es sich um Menschen, die durch einen aufgezogenen Glauben, der ihren Egoismus befriedigt, zu einem Verhalten gezwungen werden, das den Interessen der herrschenden Gesellschaft dient, dem Wohle der Arbeiterschaft zuwiderläuft. In den meisten Fällen aber haben und finden die Gegner der freien Gewerkschaften ganz gleich mit welcher Art idealer Phantasie sie sich schmücken. Verwirklichung ihres eigenen Egoismus. Die erstrebten Vorteile, indem sie ihre Arbeitsbrüder schädigen, sich auf deren Kosten einen besseren Tag, eine Existenz sichern. Aber den freien Gewerkschaften gegenüber spielen sie sich auf als die Träger edler Ziele, hehrer Moral, idealen Strebens. Dieses Selbstbewußtsein wird nun trefflich beleuchtet durch die Gehässigkeiten und Verleumdungen, mit welchen die Idealisten sich gegenseitig bekämpfen. Sowohl die Gelben als auch die Christlichen beider Schattierungen untereinander, und weiter die beiden Gruppen gegeneinander.

Unter den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen, als welche die Gelben firmieren, ist kürzlich ein offener Krieg ausgebrochen. Die Berliner Richtung unter Lebus macht der anderen, die vorwiegend im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihre „Truppen“ hat, den Vorwurf, sie sei direkt von den Werkherren gegründet worden und stehe vollständig unter ihrem Kommando. Die Angerechneten wieder behaupten, die gelben Sekretäre der Berliner Richtung würden von den Arbeitgebern bezahlt. — Bieleicht für Vertretung von Arbeiterinteressen? Jedenfalls erkennt man aus solchen Vorwürfen, was diese Edelmaße der Nation von einander halten. Jeder schlägt den anderen ein nach seinen eigenen Beweggründen. Man weiß, daß Eigentum die Triebfeder der gewerkschaftszerpflitternden Lätigkeit für gelbe Werkvereine ist. Die Macher in den beiden gelben Lagern kämpfen nicht für Arbeiterinteressen, sondern für das eigene Geschäft.

Der freien Gewerkschaften hunscheckiger Troß von Gegnern macht ihnen in holder Einmütigkeit den Vorwurf, sie tründen in Diensten parteipolitischer Betreibungen. Die Beweisführung ist leicht: Die Sozialdemokratie tritt überall für die Forderungen der Arbeiter ein, auch für die von christlichen Arbeitern erhobenen. Es gibt keine wirtschaftliche Forderung der Gewerkschaften, die nicht in der Sozialdemokratie ihre nachdrücklichste Förderung fände. Die Gewerkschaften stehen andererseits nicht hinter jeder Forderung der Sozialdemokratie, sie lehnen aber selbstverständlich deren Hilfe für die gewerkschaftlichen Forderungen nicht ab, sie verlangen sie vielmehr, was ihrer Pflicht entspricht. Und daraus machen die Gelben, Blauen und Schwarzen ein Abhängigkeitsverhältnis der Gewerkschaften, schmüßeln sie Knechte der Partei. Da paart sich gelb-schwarz-blauer Idealismus mit dito Wahrschamigkeit.

Das schönste aber ist, daß sich die Gelben und die Blauschwarzen aus parteipolitischen Gründen in die Haare geraten sind. Die christlichen Gewerkschaften bilden das Rückgrat des Zentrums; den Blauen gewährt man für treue Gesellschafft die Gnadenbrocken einiger christlich-sozialen Kandidaturen. Die Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sollen aber nationalliberale Wahlen machen. Da konnte es nicht ausbleiben, daß die Schützer idealer, nationaler und himmlischer Güter, die „Friedlichen“ und die Apostel der christlichen Nächstenliebe ihre gegenseitige Schlectrigkeit entdecken und sie an die Glocke der Deffentlichkeit hängen. Dabei reiben sie sich ausnahmsweise die volle Wahrheit unter die Nasen. Die Blauschwarzen tagen den Gelben, daß sie gekaufte Schilbhalter der Werkherren seien, und die Gelben schildern die Christen als böse ultramontane Seker, die christlichen Gewerkschaften

als eme unter falscher Flagge jagende Parteiorganisation des Zentrums.

Die evangelischen Arbeitervereine schwanken in diesem erbaulichen Streit hin und her. Teils überwiegt die Abneigung gegen den Ultramontanismus, und dann drängt sie ihre Leitung zu den nationalliberal eingestellten gelben Werkvereinen, oder aber sie sind christlich-sozial angeleitet, und dann können sie sich für die Gelben nicht genug erwärmen. So bietet sich den freien Gewerkschaften ein Schauspiel von übermächtigender Harmonie.

Am pikantesten ist aber noch das christliche Skabalgan unter den allein Seligmachenden. Es kennzeichnet gar prächtig die veredelnden Wirkungen, die von ihren Lehren und Grundrissen ausgehen. Im Kampfe zwischen den katholischen Facharbeitern und den interkonfessionellen Ultramontanen, W.-Gladbacher Bräunung, feiert christliche Brüderlichkeit, Sauberkeit und hochberzige Gelinnung ihre auschweifendsten Triumphe. Es gibt keine Schlectrigkeit, keine niedrige Gefinnung, die sich die Brüder in Christo nicht schon gegenseitig vorgeworfen hätten. Die Facharbeiter unterstellen, die W.-Gladbacher wollten den Unglauben fördern, sie hätten die Autorität des Papstes verleugnet, ließen sich von persönlichen, eigennützigen Bestrebungen und Beweggründen leiten. Das letzte werfen die Nachemiten auch wieder den Berlinern vor. Gegenseitig beschimpfen sie sich als Schwindler, Lügner, Fälscher und Betrüger. Den Berlinern sagen die W.-Gladbacher weiter, sie hätten den unfehlbaren Papst angelogen, ihn im Kampfe gegen die eigenen Glaubensbrüder mißbraucht. Die Berliner rächen sich durch Veröffentlichung beschimpfender, mißachtlicher, verhöhrender Bemerkungen, die sich christliche Gewerkschaftsführer über Bischöfe und Kardinalie erlaubten, die nicht an ihrer Strippe ziehen. Dann wollten die Berliner die Gewerkschaftsfrage auf dem in Metz abgehaltenen Katholikentage zur Erörterung und Entscheidung bringen. Das haben die W.-Gladbacher aber verhindert. In einer Geheimkonferenz in Trier ist beschlossen worden, daß auf dem Katholikentage über die Gewerkschaftsfrage nicht gesprochen werden dürfe. Diese christliche Wätsche ist zu schmutzig für die Deffentlichkeit. Aber in einer geheimen Sitzung — nur Angehörte werden zugelassen — wolle man mit „kräftiger Sand“ die Streitfrage regeln. Das Faustrecht soll wohl entscheiden?

So sieht es im Lager der idealen Gegner der freien Gewerkschaften aus. Das sind die Beglückter der Menschheit, die durch eine angeblich von ihnen vertretene höhere Moral die Arbeiterschaft zu edlerem, idealerem Streben erziehen wollen. Es wäre schlecht bestellt um die freien Gewerkschaften, wenn ihre Grundzüge, ihr Tun und Lassen in den gleichen Niederungen des Egoismus wurzelte, aus denen heraus das widerliche Treiben ihrer Gegner erwächst. Solche Gegnerschaft ist für die freien Gewerkschaften nur ehrenvoll, ist ihre beste Verteidigung und Empfehlung.

W. H. Düwell.

Die Lohnbewegungen, Stréiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

II.

Einfluß von dem umfangreichen Vergarbeiterstreik, den wir bereits im vorigen Abschnitt erwähnten, bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher Weise der Vergarbeiterstreik auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der einen Tabelle hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Vergarbeiterstreik entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit 4 Streikfällen bezeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914) und die Zahl der daran beteiligten Personen 479 589 (1911: 325 283). Es haben demnach gegen das Vorjahr 89 Kämpfe weniger stattgefunden, indes die Zahl der Beteiligten um 154 386 gestiegen ist. Rechnet

man von der Gesamtzahl der Personen die 287 732 Beteiligten des Vergarbeiterverbandes ab, so wäre entsprechend der verminderten Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befinden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 080).

Der Rückgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Stréiks, Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vollzogen worden. Es wurden geführt 1543 Angriffsstréiks (1911: 1705) und 926 Abwehrstréiks (1911: 1002); Aussperrungen erfolgten 356 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kommen 352 090 (1911: 169 657) auf die Angriffs- und 45 400 (1911: 42 239) auf die Abwehrstréiks. Von den Aussperrungen wurden 82 069 (1911: 113 357) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 262 Angriffs- und 76 Abwehrstréiks weniger geführt, während die Zahl der Aussperrungen um 149 stieg. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum im Jahre 1912 eine stärkere Angriffsflut vorhanden war, während sich die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt; Symptome, die mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem stärkeren Andrang von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt im Einklang zu stehen scheinen. Allerdings wird die Annahme einer härteren Angriffsflut der Unternehmer wieder eingeschränkt durch die um 31 258 gestiegene Zahl der Aussperrten, danach waren die Aussperrungen nicht so umfangreich als im Vorjahre. Auch die Zahl der an den Abwehrstréiks Beteiligten ist um 3161 geringer, was der geringeren Zahl dieser Kämpfe entspricht. Die um 183 843 gestiegene Ziffer der Beteiligten bei den Angriffsstréiks läßt, aus den schon erwähnten Gründen, allgemeine Schlussfolgerungen nicht zu.

Der prozentuale Anteil der Angriffsstréiks an den Gesamtkämpfen ist seit dem Vorjahre von 58,5 auf 64,6 Proz. und bei den Abwehrstréiks von 34,4 auf 32,8 Proz. zurückgegangen. Der prozentuale Anteil der Aussperrungen ist dagegen von 7,1 auf 12,6 Proz. gestiegen.

Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 = 61,7 Proz. (1911: 65,3 Proz.) erfolgreich, 458 = 16,4 Proz. (1911: 15,3 Proz.) teilweise erfolgreich und 538 = 19,3 Proz. (1911: 19,0 Proz.) erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 45 mit 8983 Beteiligten waren am Jahreschluß nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfielen 1912 3,6 erfolgreich beendete weniger. Der Prozentsatz der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gesunken und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Infolge des erfolglos verlaufenen Vergarbeiterstreiks sind die prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahre, was sich in ganz besonders harter Weise bei den Angriffsstréiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb allgemeine Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 134 798 = 28,4 Proz. (1911: 38,8 Proz.), teilweisen Erfolg 80 091 = 12,8 Proz. (1911: 39,9 Prozent) und keinen Erfolg 274 979 = 57,8 Proz. (1911: 19,9 Proz.).

Von den an den Kämpfen 1912 insgesamt beteiligten Personen waren 308 115, darunter 20 851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Davon gehörten beim Beginn des Kampfes 245 663 männliche und 18 618 weibliche Personen der Organisation an. Von diesen organisierten Personen waren 188 852 männliche und 9913 weibliche schon 6 Monate vor Beginn des Kampfes Mitglieder ihres Verbandes. Beieinzelnen waren 157 877 männliche und 7474 weibliche Personen. Die in den Streiklisten Verzeichneten hatten insgesamt 320 122 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren.

Für 304 979 Personen konnte der bei den Kämpfen erfolgte Ausfall an Arbeitstagen und Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitstagen 4 776 818 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 144 439 M. Die weiblichen Personen sind an diesen Zahlen beteiligt mit 468 522 Arbeitstagen und einem Verdienstausfall von 1 021 686 M.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 M. (1911: 16 062 906 M.). Sie ist um 4 576 541 M. geringer als im Vorjahre. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffsstréiks 6 911 857 M., die Abwehrstréiks 947 925 M. und die Aussperrungen 3 567 615 M. Außerdem verausgabten 4 Verbände noch 288 998 M. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die letztere Summe ist mit in die Gesamtausgabe verrechnet. Die Durchführung der Angriffsstréiks beanspruchte über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffsstréiks wurden 786, reichlich die Hälfte aller Stréiks, unternommen, um Lohn erhöhungen zu erreichen. 283 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch

die Beteiligten des Bergarbeiterstreiks. Am Arbeitszeitverlängerung allein wurden 39 Streiks mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverlängerung und Lohn-erhöhung 572 Streiks mit 14 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Antragsstreiks endeten 940 mit 56 893 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 042 Beteiligten teilweise erfolgreich und 235 mit 257 819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrestreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Maßregelung von Arbeitern die Ursache von Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsrechtes die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 673 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unter- nommen. Der Ausgang der gesamten Abwehrestreiks war in 599 Fällen mit 29 263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 8845 Beteiligten teilweise erfolg- reich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos. Mit ihren Ausperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschlossen. Von den gesamten 350 Ausperrungen endeten 32,3 (1911: 39,2) Proz. für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Ausperrungen verfehlte vollständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit dem Prozentfuß der erfolgreichen Ausperrungen übertrug das Jahr 1912 alle früheren Berichtsjahre. Die mit teil- weisem Erfolg beendeten Ausperrungen haben nur gering hinter dem Vorjahre zurück. Die Ausperr- ungen, die den Unternehmern vollen Erfolg brachten, d. h. für die Arbeiter erfolglos verliefen, gingen von 29,4 im Vorjahre auf 14,4 Proz. zurück. Von 1900 bis 1912 sind von dem Unternehmertum insgesamt 3324 Ausperrungen verhängt worden, von denen 968 611 Personen betroffen wurden. Durch diese Ausperrungen entfiel ein Verlust an Arbeitszeit von zusammen 20 681 085 Tagen. Die Durchfüh- rung dieser Ausperrungen kostete den Gewerkschaften die respektable Summe von 45 306 465 M.

Das sind gewaltige Opfer, die der Arbeiterschaft durch die Ausperrungen bisher aufgelegt wurden. Trotzdem haben wir keine Ursache darüber zu klagen, wenn die Unternehmer auch ihrerseits versuchen, in dem wirtschaftlichen Kampfe ihre Wachtmittel anzu- wenden. Man sollte es dann aber auch unterlassen, immer die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, die das Wirtschaftsleben durch ihre Streiklust erschüttern. Der Arbeiter wird von der Notwendigkeit getrieben, eine Verbesserung seiner Lage anzustreben. Er ver- mag das nur, wenn er den Wert seiner Persönlich- keit und seiner Arbeitskraft durch gemeinsames Handeln mit seinen Klassenangehörigen dem Unter- nehmer gegenüber zu steigern versucht. Das sind kul- turelle Bestrebungen in des Wortes vollster Bedeutung, die in ihren Konsequenzen dem gesamten Volke zu gute kommen. Die Arbeiterschaft hat keine Veran- lassung, mutwillig Erschütterungen des wirtschaft- lichen Lebens herbeizuführen. Solche Erschütterungen führen nur jene Leute herbei, die sich dem kulturellen Aufstiege der Arbeiterschaft gewalttätig in den Weg stellen. Durch das Mittel der Ausperrungen hat das Unternehmertum den beabsichtigten Zweck, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft illusorisch zu machen, bisher nicht erreicht und es wird dieses Ziel auch nie erreichen.

Der Staat als Auftraggeber in der Flugzeug-Industrie.

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit sollte doch erwänet werden, daß der Staat seine Arbeitsaufträge nicht ebenso planlos und rücksichtslos vergibt, wie mancher Privatunternehmer. Durch die große Heeresvorlage tritt auch eine ge- waltige Vermehrung des Flugzeugwesens ein. Bei Vergabe von Aufträgen für Flugmaschinen durch die Heeresverwaltung wird gar keine Rücksicht auf den gegenwärtigen Arbeitsmarkt genommen. Im letzten haben Jahre wurden von der Heeresverwal- tung 150-200 Flugzeuge in Auftrag gegeben, mit Lieferterminen, die es der Flugzeugindustrie un- möglich macht, bei normaler Arbeitszeit die Aufträge erledigen zu können. Die Folge ist, daß die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter Leberstunden und Nacharbeit in großem Umfange leisten müssen. So sind in der Flugzeugindustrie möglicherweise Arbeits- zeiten von 80, 90 bis sogar 100 Stunden nichts Seltenes. Welcher Raubbau hier mit der Arbeits- kraft des Arbeiters getrieben wird, läßt sich lebhaft denken. Wichtiger aber ist noch, daß bei so forciertem Arbeiten, bei solch einem in der Post zusammen- gestellten Flugzeug, dem der Flieger sein Leben an- vertrauen muß, die Gefahr besteht, daß das Arbeits- produkt nicht mit der gerade hier notwendigen Sorg- falt und technischen Sicherheit angefertigt wird. Ein Arbeiter, der täglich seine neun Stunden gearbeitet hat, ist nicht mehr in der Lage, so intensiv seine Kräfte anzuspannen, wie es gerade in dieser In- dustrie notwendig ist, denn ein Versehen beim Bau

des Apparates kann dem Flieger das Leben kosten. Auch ist es notwendig, daß sich ein gewisser Stamm von Arbeitern in dieser Industrie ausbilden kann. Bei dem kurzen Bestehen dieses Berufszeuges sind genügend geschulte und vorgeübte Arbeiter noch nicht vorhanden, sie werden auch vorläufig sich nicht heranbilden, wenn so weiter gewirtschaftet wird.

An diesen Zuständen trägt nun der Staat als größter Auftraggeber mit die Schuld. Die Arbeiter sind der Auffassung, daß die Aufträge des Staates mehr auf das ganze Jahr verteilt werden sollten. Es würde sich dadurch die Möglichkeit schaffen lassen, die Betriebsrichtungen den vorhandenen Aufträgen entsprechend zu einrichten, daß nur bei Tage und ohne Heberstunden gearbeitet werden braucht. Ein Teil der Arbeitslosen könnte dadurch Beschäftigung finden. Und was vor allen Dingen von Wert für die Industrie wäre, es würden gute qualifiziertere Arbeitskräfte in dieser Industrie Aufnahme finden. Bei der jetzigen Art der Vergütung von Aufträgen werden Arbeiter über Arbeiter eingestellt, trotzdem wird noch mit Heberstunden gearbeitet, so daß schon nach wenigen Wochen die Aufträge erledigt sind. Ein Teil der Beschäftigten wird entlassen und der übrige Teil muß dann verfürzte Zeit arbeiten, bis zu fünf Stunden täglich herab. Daß bei dieser Unsicherheit in der Beschäftigung es der intelligente Arbeiter vor- zieht, sich anderen Industrien zuzuwenden, kann man ihm nicht verwehren.

Um man diesen Verhältnissen soweit wie möglich abzuhelfen, muß verlangt werden, daß der Staat, wenn er noch weitere Aufträge zu vergeben hat, diese unbedinglich ausgibt, um dadurch den Betrieben, die sich mit der Herstellung von Flugzeugen befassen, die Möglichkeit zu geben, an die Herstellung der Flug- maschinen mit Ruhe und genügendem Sorgfalt heran- zugehen, was unmöglich ist, wenn die Lieferungs- termine zu kurz bemessen sind.

Wohl mag die Heeresverwaltung der Meinung sein, daß die Apparate bei der Abnahme kontrolliert werden; was solche Kontrolle jedoch besagen will, be- weisen die vielen Materialschäden, die beim Gebrauch der Flugzeuge sich ereignen.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder im Sattler- und Portefeullerverband im Laufe des 3. Quartals ist gegen den gleichen Zeitraum im Vorjahre erheb- lich gestiegen. Der schlechte Geschäftsgang erstreckte sich auf alle Branchen, mit Ausnahme der Militär- effektenindustrie. Während die Zahl der männlichen Mitglieder um 617 auf 18 768 = 4,80 Proz. gestiegen ist, ist die Zahl der Arbeitslosen von 937 auf 1379, also um 47,25 Proz. in die Höhe gegangen. Bei den weiblichen Mitgliedern ist das Verhältnis fast gleich geblieben. Im Vorjahre waren von 1032 Mitglie- dern 69 arbeitslos, diesmal von 1039 = 67. Die Arbeitslosentage sind von 13 448 auf 17 454 gestiegen und demgemäß auch die der unterstützten Personen. Während im Vorjahre 494 männliche Personen für 5558 Tage 7245 M. erhielten, mußten diesmal 684 für 8600 Tage mit 9647 M. unterstützt werden. Auch auf der Reize wurde von 1757 Arbeitslosentagen be- richtet gegenüber 1673 im Vorjahre. 557 (400) er- hielten 1573 M. (1198 M.) für ebensoviele Tage. Von den 1039 weiblichen Mitgliedern waren 67 arbeitslos, davon erhielten 36 für 636 Tage 730 M. Die gelben Karten haben nicht oder nicht rechtzeitig eingelangt: Bergan, Bochum, Rathenoiv, Fürstenwalde, Colmar, Ehlingen, Hildesheim.

Korrespondenzen.

Berlin. In der überfüllten Generalversamm- lung am 10. Oktober in den Arminalhallen erstallte Kollege Schulze den Geschäftsbericht vom 3. Quartal. Er freute die günstige Entwicklung unserer Or- ganisation am Orte und ging des näheren auf die abgelaufenen Lohnbewegungen ein, die in der Ver- bandszeitung genügend besprochen wurden, eine noch- malige Schilderung sich also erübrig. Aus dem ge- druckt vorliegenden und vom Kollegen Weyer münd- lich ergänzten Kassenbericht geht hervor, daß für die Hauptkasse 25 081 M. und für die Lokalkasse inkl. des Bestandes 100 494 M. vereinnahmt wurden. An Unterstützung auf Kosten der Hauptkasse wurden 13 261 M., auf Kosten der Lokalkasse 6032 M. ver- ausgabt. Die Hauptkasse erhielt 7102 M. Gegen- über dem Vorquartal wurden rund 1700 M. mehr vereinnahmt. Die Mitgliederzahl stieg von 3803 auf 3978. Auf die einzelnen Branchen verteilt er- gibt sich folgendes Bild: Geschirrbzanche 654, Treib- riemenbranche 204, Galanteriebranche 278, Taschen- branche 468, Kofferbranche 279, Portefeullerbranche 774, Militärbranche 859, Binoleumbzanche 126, Wagenbranche 278 und Eisenmöbel- und Flachstuhl- branche 56 Mitglieder. Nicht so günstig schneidet die Jugendabteilung ab, da hier ein Mitgliederrückgang von 142 auf 128 zu verzeichnen ist. Nachdem Kollege Hauptmann noch den Bericht des Arbeitsnachweises

erstallte, fragte ein Diskussionsredner an, warum die Verbandsleitung es zugelassen hat, daß nach Abbruch des Streiks in der deutschen Militärans- taltungsgehilfen bei Kollegen wieder der die Arbeit annehmen konnten. Kollege Schulze gab eine befriedigende Antwort, worauf die Verwaltung ent- lastet wurde. Die Reorganisation des Bureaus und die Anstellung eines vierten Beamten wurde vom Kollegen Schulze in eingehender Weise begründet. Er wies darauf hin, daß eine Vertrauensmänner- schaft sich bereits damit beschäftigt und mit großer Majorität die Gründe der Ortsverwaltung aner- kannt hat. Wenn auch die Generalversammlung diesen Schritt nicht anerkennen braucht, so hoffe er doch, daß sie sich den Gründen nicht verschließen wird und durch Annahme des Antrages anerkenn, daß seit der Verdrückung im Jahre 1909 eine Mehr- arbeit entstanden ist, die von den drei Beamten nicht so erledigt werden kann, wie es das Interesse der Organisation erfordert. Die Mitgliederzahl ist während der vier Jahre um 1500, von 2450 auf 3976, gestiegen, wozu noch die Jugendabteilung mit 130 bis 150 kommt, so daß insgesamt über 4100 Mit- glieder in Betracht kommen. Dieses wichtige Mo- ment jedoch allein ist nicht ausschlaggebend. Die Verwaltungsarbeiten sind erheblich angewachsen. Der Arbeitsnachweis, die Registratur, das Unter- stützungswesen, die Pflege der Statistik, Erledigung von Differenzen mit den Unternehmern, Facit- streitigkeiten usw. nehmen schon jetzt die gesamte Arbeitskraft der drei Beamten übermäßig in An- spruch, so daß die Agitation darunter leiden muß. Wenn die Verwaltung erst jetzt zur Hebung des tiefgefühlten Bedrücktes gekommen ist, so waren die Mannverhältnisse schuld, welche für die Klazie- rung eines vierten Beamten ungerichtet waren. Die Mitglieder sollten nicht murren, sondern sich über die grobhartige Entwicklung, die doch nur in ihrem eigenen Interesse liegt, freuen, und durch An- nahme des Antrages bezugehen, daß sie gewillt sind, im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten und die Mög- lichkeit zu bieten, die uns noch fernstehenden für den Verband zu begeistern. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Es kam zum Ausdruck, wohl mit der Neugehaltung der Bureauräume sich einverstanden zu erklären, aber mit der Anstellung eines vierten Beamten so lange zu warten, bis feststeht, daß die jetzige Mitgliederzahl eine stabile ist. Die Beamten sollten stolz sein, wenn von ihnen gesagt werden kann, sie haben sich im Dienste der Sache aufgeopfert. Sollten aber die Arbeiten zuviel wer- den, so könne eine zeitweise Ausnahme aus den Reihen der Arbeitslosen genommen werden. Wenn auch einzelne Redner den Antrag der Ortsverwaltung bestritten und Kollege Schulze die Einwände überzeugend gestützt, ergab die Abstimmung doch die Ablehnung des vierten Beamten mit 289 gegen 253 Stimmen. Dagegen wurde der Reorganisation des Bureaus mit überwältigender Majorität zuge- stimmt.

Halle a. S. (E. 18. 10.) In der am 11. Oktober haltgefundenen Mitgliederversammlung hielt Partei- sekretär Hildebrand einen Vortrag über: „August Bebel, sein Leben und Wirken“. Hieran gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal 1913 be- züglich der Einnahmen der Hauptkasse betragen in dieser Zeit 1225,20 M., die Ausgaben 779,50 M. In der Lokalkasse war am Schlusse des 3. Quartals ein Bestand von 1361,00 M. vorhanden. Des weiteren erstallte der Kartellbelegierte Bericht von der letzten Kartellstiftung. Betreffs der eingereichten Petition des Gewerkschaftsrates an das Stadtverordneten- kollegium um Einführung einer Arbeitslosenverfiche- rung, welche von den bürgerlichen Stadtverordneten durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt wurde, bemerkte Genosse Hildebrand, die Arbeitslosen mögen die Stadtverordnenerwerbungen oft besuchen, damit die Stadtväter Gelegenheit hätten, sich von der Größe der Arbeitslosigkeit zu überzeugen.

Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde Klage ge- führt, daß es noch viele Kollegen gibt, die sich nicht davon abbringen lassen, sämtliche Buden abzuklopfen, um nach Arbeit nachzufragen, trotzdem seit langer Zeit hier ein Arbeitsnachweis besteht. Die Kollegen seien wieder darauf aufmerksam gemacht, diese Un- sitte aus alter Zeit lassen zu lassen und sich in Ar- beitslosenfällen beim Arbeitsnachweisführer Kollegen S. Stage, Schillerstraße 14, zu melden.

Der Vorstehende teilte noch mit, daß für die Bremer Kollegen von den hiesigen Wagenfahrrern 23,70 M. abgeholt worden sind.

Dresden. (E. 19. 10.) In der am 15. Oktober stattgefundenen Versammlung der Auto- und Wagen- branche hielt Kollege Eisner einen dreiviertelstündigen Vortrag über: „Der Wert der Tarifverträge“. Er betonte, daß zur Durchführung der Tarifverträge eine gut organisierte Kollegenchaft vorhanden sein muß. Eine gesetzliche Regelung sei nach den jetzigen Verhältnissen nicht angebracht. Den Abschluß lang- fristiger Tarifverträge hält der Redner nicht für richtig, deshalb ist der fünfjährige Tarif der Leder- warenbranche für Berlin, Offenbach und Stuttgart

ein Fehler. Sodann wurde die Neuwahl der Brandenburger Kommission vorgenommen. In dieselbe wurden gewählt als Vorsitzender, Köster als Schriftführer und Baudis, Weberlein und Götsch als Beisitzer.

Unter Branchenangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß der Tarif bei der Firma Gläser im nächsten Jahre abläuft. Es soll versucht werden, durch eine allgemeine Bewegung die Verhältnisse in der Branche zu bessern. Bei genannter Firma wird in nächster Zeit die durchgehende Arbeitseinstellung eingeführt. Dies wurde als Fortschritt begrüßt, weil dadurch auch die Aufhebung eine durchgehendere wird.

Leipzig. (G. 10. 10.) Die Versammlung befaßte sich zunächst mit dem Massenbericht vom 2. Quartal. Den Einnahmen in Höhe von 3069,15 Mk. stehen zugehörigen Ausgaben gegenüber. Die Lotteriefasse weist nach Abzug von Unterstützungen und sonstigen Ausgaben einen Rest von 10078,70 Mk. auf. Am Schluß des Quartals zählte die Verwaltungsstelle Leipzig 411 männliche und 24 weibliche Mitglieder. In der Diskussion wurde die mangelhafte Abrechnung der Beiträge gerügt. Auf Antrag der Revisionen wurde der Kassierer entlassen.

Unter Punkt 2 berichtete der Gaulleiter von der Tarifbewegung der Porzellaner. Bisher sind von den beteiligten Unternehmern keine Zugeständnisse gemacht worden. Die Leipziger Portefeuller werden die Bewegung zu einem guten Erfolg führen. Die Versammlung nahm Kenntnis von der Kündigung des Tarifs der sächsischen Militärartillerie. Die Grundlage für die neuen Forderungen bildet der Berliner Tarif.

Rundschau.

Die freien Gewerkschaften preisgekrönt! Die Ausstellung der gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Baufach-Ausstellung in Leipzig ist mit der goldenen Medaille der Stadt Leipzig ausgezeichnet worden.

Mit dieser Würdigung der gewerkschaftlichen Ausstellung durch das Reichsrichterkollegium dürften zugleich die Annahme einiger Schlichterwörter völlig entfallen sein, die der Öffentlichkeit glauben machen wollten, die Ausstellung der Gewerkschaften sei tendenziös und entstelle in grober Weise die Tatsachen.

Die Gesellschaft für soziale Reform verurteilt ihre 6. Hauptversammlung zum 21. und 22. November nach Düsseldorf ein. Der frühere Staatsminister Avenhore v. Verlepich wird sich in einem Referat mit der Frage des Reichseinzugsamtes beschäftigen. Rechtsanwalt Einzheimer mit Nachfragen des Arbeits tariferwartung, Haftung und Abdingbarkeit und ihre gesetzliche Lösung; Dr. W. Zimmermann referiert über neue Aufgaben des gewerblichen Einzugsamtes.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Arbeitslosenstatistik.

Am Sonnabend, den 25. d. M., muß in allen Ortsverwaltungen die Zahl der Arbeitslosen und der sich am Ort aufhaltenden zugerechneten Mitglieder festgestellt werden. Das Ergebnis ist auf der grünen Karte einzutragen. Diese ist bis zum 2. November einzutenden.

Wer den Aufenthalt der Mitglieder Waldemar Müller, Sattler, aus Coburg, Buchnummer 7961, Hans Wilkomm, Sattler, geboren 18. 8. 1867 in Benig, Otto Hausver und Artur Particus, beide früher in Hannover, weiß, wird gebeten, sofort dem Zentralvorstand davon Kenntnis zu geben.

Adressenänderungen.

Ausbach. Wird keine Reiseunterstützung ausbezahlt.

Sterbetafel.

Stuttgart. Am 11. d. M. verstarb der Hoffmader Herrmann Scheib, 80 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

Verfallungskalender.

- Bausen. Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zitau“.
- Berlin. Dreibrückerbranche, Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, in „Saal der Prachtzitate“, Münchstr. 17, Eingang Montagsgraben.
- Bonn. Samstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“.
- Gießen. Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Bürgergarten“.
- Giebertfeld. Samstag, den 1. November, „Volkshaus“.
- Wesfentkirchen. Samstag, den 1. November, abends 9 Uhr, „Darentrecht“.
- Hagen i. W. Samstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Marfaner“.
- Hannover. Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Jena. Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Königsbütte. Sonntag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, Wasserstraße 5.
- Mühlheim-Ruhr. Samstag, den 1. November, abends 9 Uhr, „Hollenberg“.
- Nemisch. Samstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Neutlingen. Samstag, den 1. November, abends 8 Uhr, „Eintracht“.
- Reib. Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpfe.

ANZEIGEN

Zentral-Brannkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgruppen Deutschlands, G. H. 64 in Berlin

Quartalversammlungen.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht;
- 2. Berichtesehes.

Dresden. Donnerstag, den 6. November, Mitgliederversammlung im „Volkshaus“, Zimmer 9.

Hamburg. Sonnabend, den 1. November, abends 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

Magdeburg. Sonnabend, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“, Faßlochsberg.

Sattler,

welche auf Schultaschen in Alford gearbeitet haben, gesucht.

Gebrüder Jörgen, Plauen i. Vogtl.

Mustertofferattler,

unbedingt gut in der Branche vertraut, gesucht.

Gebrüder Jörgen, Plauen i. Vogtl.

Ein tüchtiger, ganz selbständiger

Portefeuller

für bessere Damentaschen usw., der auch im Aufschnitt erfahren sein muß zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht. Offerten unter 494 an die Expedition dieser Zeitung.

Ortsverwaltung Stuttgart.

Samstag, den 1. November 1913

im Festsaal des Gewerkschaftshauses, Gßlinger Straße 19:

23. Stiftungsfest.

Mitwirkende:

Herr und Frau Dobbertin sowie Herr Klein vom Kgl. Hoftheater Stuttgart.

„Les Seranos“, Zwergfabaret.

∴ ∴ ∴ Kapelle Timm. ∴ ∴ ∴

Saaloöffnung abends 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Programme im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 50 Pf.

Programme sind bei allen Vertrauensleuten erhältlich. Das Komitee.

Tüchtiger, selbständig arbeitender

Portefeuller,

welcher auf Necessaires und Einrichtungen vorzüglich eingearbeitet ist, wird bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung als **Vorarbeiter** gesucht. Offerten unter Angabe bisheriger Tätigkeit und Referenzen unter **N. 493** an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Einige tüchtige

Täschner

sucht

C. Lehmann, Superbawerke, Bielefeld.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als **Spezialität**

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franco.



Teilzahlung

Uhren und Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern usw.

Kataloge gratis und franco liefern

Jonass & Co., Berlin A. 459, Belle-Alliance-Str. 3.



G. Brucklacher

Werkzeug-Fabrik

Berlin S., Oranienstrasse 43

Spec.-Katalog No. 17 gratis und franco.